

hing auf dem Verordnungswege zu erzwingen, vielleicht mit Hilfe des Reichstags.

Die Aussprache war verhältnismäßig kurz, nicht weil über die Frage der Arbeitslosigkeit nicht noch viel zu sagen gewesen wäre, sondern weil es sich in diesem Fall nur darum handeln konnte, welche Maßregeln zunächst zu ergreifen sind, um den Arbeitslosen wirklich zu helfen. Wiederholt wurde betont, daß weder von den Freunden noch von den Gegnern des ADGB bessere Mittel zur Verringerung der Arbeitslosennot angegeben werden konnten. Zur Durchsetzung dieser Forderungen ist aber auch die Solidarität der in Arbeit Stehenden notwendig, wenn nicht die Gesamtheit schweren Schaden leiden soll. Es gelte, die Genossen darüber aufzuklären, damit sie dieses zeitweilige Opfer auf sich nehmen. Der Kampf um die Durchführung der zehn Forderungen dürfe jedoch nicht nur den Gewerkschaftsführern überlassen bleiben, sondern die Arbeiterschaft müsse sich selber daran beteiligen, soweit der einzelne dabei in Frage kommt. Der Ausschuss erklärte sich mit den zehn Forderungen des Bundesvorstandes einverstanden und nahm außerdem noch folgenden Antrag des Genossen Sabath an:

Sollte durch das Inkrafttreten der Londoner Beschlüsse, wonach von deutschen Ausfuhrwaren 50 Prozent des Wertes von den Entente-Ländern erhoben werden, eine noch weitere Verstärkung der Arbeitslosigkeit eintreten, so wird der Bundesvorstand beauftragt, sofort zu der neuen Situation Stellung zu nehmen und entsprechende Maßnahmen über die bereits gemachten Vorschläge hinaus vorzuschlagen.

Der Ausschluß der Volksabstimmung in Oberschlesien veranlaßte den Ausschluß zu folgender Entschließung:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den Ausschluß der Volksabstimmung in Oberschlesien als einen Beweis, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieses Industriegebiets selbst von der Notwendigkeit des Verbleibens im Deutschen Reich überzeugt ist.

Der Bundesausschuß spricht die Erwartung aus, daß der Mehrheitswille der dortigen Bevölkerung auch von den alliierten Mächten respektiert wird und Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibt. Jede Zerteilung Oberschlesiens würde nicht nur Deutschland in seinem Wiederaufbau und in der Erfüllung seiner im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen aufs schwerste hemmen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der dortigen, von Deutschland abgetrennten Gebiete gefährden und die sozialpolitischen Errungenschaften der betroffenen Arbeitnehmer vernichten.

Der Bundesausschuß nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den auch nach der Abstimmung fortgesetzten polnischen Terrorhandlungen gegen deutsche Gewerkschaftler, die sich verheerend um ausreichenden Schutz an die interalliierte Kommission gewandt haben und nunmehr in einem öffentlichen Aufruf an die gesamte Bevölkerung appellieren müssen. Der Bundesausschuß versichert die Gewerkschaften Oberschlesiens seiner tatkräftigen Hilfe und wird alle geeigneten Schritte unternehmen, um den bedrohten Brüdern den erforderlichen Schutz zu sichern.

Eine Grenzstreitigkeit zwischen den Verbänden der Angestellten und der Transportarbeiter wurde wegen der vorgerückten Zeit im Einverständnis mit den beiden beteiligten Verbänden vertagt.

Ferner stand auf der Tagesordnung noch die Lösung des Anschließungsverhältnisses des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten (Genfer Verband) zum ADGB. Dieser hat sich bekanntlich entgegen dem Versprechen seines Vorstandes der Einheitsorganisation im Gastwirtsgebetriebe nicht angeschlossen. Der Bundesvorstand des ADGB teilte eine Kundgebung vom Vorstand des genannten Bundes mit, wonach für diesen die Sache erledigt sei. Es ist bekannt geworden, daß der Bund zu den Christlichen übergegangen ist. Als freigewerkschaftliche Organisation im Gastwirtsgebetriebe kommt also nur der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten in Betracht.

Von der Verwaltung des Leipziger Volkshauses lag ein Gesuch um Zuwendung von Darlehen zum Wiederaufbau vor. Es wurde den einzelnen Verbänden anheimgestellt, sich daran zu beteiligen.

Zu dem im November 1921 in Paris stattfindenden nächsten Internationalen Gewerkschaftskongress sollen die Verbände Anträge bis Anfang Mai an den Bundesvorstand einreichen.

Zum Schluß wurden die Gewerkschaften, die Teilnehmer zu den Kursen in Frankfurt a. M. entsenden, aufgefordert, sich im

Anschluß an die Sitzung des Bundesausschusses über möglichst einheitliche Entschuldigungsverträge für die Teilnehmer an den Kursen zu verständigen.

Die neugeregelter Einkommensteuer des Arbeiters.

Die Ende März vom Reichstag beschlossene Aenderung des Einkommensteuergesetzes hat nicht die geforderte Niederschlagung der trotz 10 Prozentigem Abzug noch verbleibenden Steuerzuschuß für das Steuerjahr 1. April 1920 bis 31. März 1921 gebracht; dagegen aber nicht unbedeutende Aenderungen, die einer Niederschlagung ziemlich gleichkommen. Das von der alten Einkommensteuer freigelegene Mindesteinkommen mit 1500 Mark, bzw. 500 bzw. 700 Mark, ist in der neuen Regelung abgeschafft, damit ist auch den einzelnen Gemeinden die Besteuerung dieses Mindesteinkommens entzogen, weil es das nicht mehr gibt. Viel Kraft und Mühe, die auf diese unsoziale Besteuerung verwendet wurde, ist somit unnütz verpufft.

Die Einkommensteuer beträgt jetzt für die ersten 24 000 Mark 10 Prozent und steigt bei höherem Einkommen bis zu 60 Prozent. Von dem Einkommen ist bei der Steuerveranlagung von 1920/21 in Abzug zu bringen, was wir schon bei früherer Gelegenheit hervorgehoben haben. (Fahrtgelder zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Mehraufwand im Haushalt wenn die Frau erwerbstätig ist, Beiträge zur Sozialversicherung, Sterbekassen, Pensionskassen, Lebensversicherungsprämien, Beiträge für Gewerkschaft und politische Organisation, Anzugsverleihs, Werkzeugkosten.) Der nach diesen Abzügen verbleibende Teil des Jahreseinkommens ist mit 10 Prozent steuerbar, von jedem Kollegen sehr leicht selbst zu errechnen, weil das Steuerjahr abgeschlossen ist und er nun einen Ueberblick von seinem Einkommen im Kalenderjahr 1920 hat. Der 10 Prozentige Steuerfuß jedoch, der sich nach den zulässigen Abzügen vom Einkommen ergibt, ermäßigt sich für den Steuerpflichtigen und jede zu seinem Haushalt zählende Person, die nicht selbständig zur Steuerleistung herangezogen wird, um je — 120 M. jährlich für das nunmehr abgeschlossene Steuerjahr 1. April 1920 bis 31. März 1921.

Nehmen wir zum Beispiel einen Arbeiter mit Frau, drei schulpflichtigen Kindern und einer alten Mutter ohne eigenes steuerbares Einkommen, dessen Einkommen 12 000 Mark betragen hat und beziffert seine zulässigen Abzüge mit 1750 Mark, so verbleiben 10 250 Mark. Das Gesetz sieht eine Abrundung nach unten vor, also 10 200 Mark. Davon 10 Prozent sind 1020 Mark. Von diesem ist noch zu kürzen (für Mann, Frau, drei Kinder und Mutter) $6 \times 120 \text{ M.} = 720 \text{ M.}$ Bleibt ein Steuerbetrag zu leisten von 800 Mark für das abgeschlossene Steuerjahr.

In den meisten Fällen werden die Steuerabzüge bei jedem Arbeiter größer gewesen sein und nur ganz vereinzelt, bei ledigen Arbeitern wird es vorkommen, daß eine kleine Nachzahlung erfolgen muß. Alle übrigen erhalten das zubielt abgezogene von der Steuerbehörde in bar zurück.

Für das Steuerjahr 1. April 1921 bis 31. März 1922 und folgenden Jahre ist der vom Steuerfuß zu kürzende Betrag von 120 auf 180 Mark (aber nur für die Kinder) erhöht, wenn das Einkommen 24 000 Mark nicht übersteigt. Dementsprechend sind auch die Kürzungen vom Lohn oder Gehalt anders geregelt worden. Sie sollen bei tageweiser Berechnung des Lohnes 4 Mark, beim Wochenlohn 24 Mark, beim Monatslohn 100 Mark je für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau betragen. Für jedes minderjährige Kind erhöht sich die Kürzung bei tageweiser Berechnung des Lohnes um 6 Mark, beim Wochenlohn um 36 Mark, beim Monatslohn um 150 Mark.

Ein Lohnsteuergesetz steht noch bevor, ob es für andere zulässige Abzüge eine Pauschalsumme festsetzt, ist noch fraglich. Doch bemerkenswert ist, daß von den Lohnbeträgen auch im neuen Steuerjahr die Beiträge für Sozialversicherung, Pensionskassen, Berufsorganisation in Abzug zu stellen sind. Der Abzug für Beiträge an die politische Organisation ist nur für das abgeschlossene Steuerjahr 1920/21 zulässig, künftig fällt das fort. — Bei den vielen Abänderungen in der Tageszeitungen über die neue Regelung des Reichseinkommensteuergesetzes finden sich, wie schon früher, viele Unklarheiten. Wir haben deshalb im vorstehenden auch nur kurz angeführt, was in der Hauptsache für unsere Kollegen in Frage steht, zumal höhere Einkommen wie 24 000 Mark kaum zu verzeichnen sein werden. Sobald das angekündigte Lohnsteuergesetz erscheint, kommen wir auf die Angelegenheit zurück.

Der Streik in der Schotterindustrie Schlesiens.

Der Kampf unserer Kollegen, mit dem teilweise äußerst rühmlichen Arbeitgebetriebe der schlesischen Schotterindustrie ist beendet, nachdem sämtliche Schotterwerke Schlesiens 4 Wochen vollständig geruht haben. Das Resultat des Kampfes ist eine Zulage von pro Stunde 40 Pf. für die Stundenlohnarbeiter und 10 Prozent auf die bisherigen Akkordsätze. Jeder Kollege wird wieder an seine alte Arbeitsstelle treten und weder direkten noch indirekten Schädigungen durch die Betriebsinhaber oder Leiter ausgeföhrt sein.

Der Kampf umfaßte insgesamt 10 Betriebe mit über 700 Arbeitern. 700 Kollegen gehörten zu unserem Verbands, circa 11 dem Kirch-Dunderschen Gewerksverein an. Es war der erste Streik, den die schlesische Schotterindustrie zu bestehen hatte. Bereits im vorigen Jahre wurde durch unsere Kollegen wiederholt beraten, ob nicht durch Anwendung des äußersten Mittels den Arbeitgebetriebe das soziale Verständnis beigebracht werden sollte. Verschiedene Umstände ließen immer wieder davon Abstand nehmen und die Anwendung weiterer friedlicher Versuche beschließen. Nachdem aber alle Behörden und Schlichtungsstellen unter allen möglichen Ausreden und Bedenken verjagt, die Arbeitgeber nach wie vor von Zulagen nichts wissen wollten, war der Kampf unvermeidlich und wurde am 11. März mit einer Geschlossenheit aufgenommen, die einer altorganisierten Arbeiterschaft nur zur Ehre gereichen konnte. Nicht ein Mann blieb stehen, selbst die Kirch-Dunderschen stellten sich einmütig hinter ihre Berufskollegen, wenn auch deren Angehöriger diese oder jene und noch andere Bedenken äußerte. Zielstrebig und entschlossen wurden alle Einflüsse ertragen, ohne daß dabei auch nur einer schwankend geworden wäre, obwohl die traffe Not sehr schnell in vielen Familien der Kollegen Einbruch hielt. Stark machte sich der Fehler bemerkbar, den die Kollegen all die Jahre hindurch gemacht hatten, indem sie immer in die niedrigsten Beitragssklassen steuerten, wodurch die Unterstützungssätze nunmehr auch sehr mangelhaft waren. Trotz mancher Provokationen, die besonders ein Betriebsleiter sich leistete, der sich darauf berief, daß Italienerblut keine Buttermilch sei und die Kollegen mit dem Revolver bedrohte, kam es zu keinen Zusammenstößen, die uns letzten Endes doch nur Schaden gebracht hätten. Dem Betriebsleiter Bernardo wird vielleicht noch Gelegenheit werden, sein Italienerblut an den harten Basaltsteinen auszutoben, anstatt deutsche Arbeiter zu bedrohen. Es ist noch nicht aller Tage Abend.

In mehreren Betrieben hätte schon nach wenigen Tagen Streik mit vollem Erfolg die Arbeit aufgenommen werden können, da sich die Reihen der Arbeitgeber als nicht so fest erwiesen wie unsere. Die Kollegen dieser Betriebe beschloßen trotz allem einstimmig, ihren Berufskollegen Schlesiens bis zum Schluß die Solidarität zu gewähren und hielten bis zur letzten Stunde Stand. Durch Vermittlung des Herrn Gewerbetarates Meng (Diegnitz) kam es nach einer Vorberechnung am 6. April zu einer Verhandlung am 8. April, deren Ergebnis oben mitgeteilt ist. Die Kollegen aller Betriebe sind mit dem Resultat alles andere nur nicht zufriedengestellt, beschloßen aber doch unter den eigenartigen Verhältnissen, die momentan mitwirken, den Kampf unter diesen Bedingungen zu beenden. Einig und geschlossen wie begonnen, wird die Arbeit nun auch wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber dürfen aber davon überzeugt sein, daß die Arbeiter ihre geeigte Eintigkeit auch fernerhin behalten und noch mehr ausbauen werden, um ihnen, falls es unbedingt erforderlich ist, gegebenenfalls wieder die Zähne zu zeigen.

Werte Kollegen! Die Aussprache bei der Verhandlung ließ den Schluß zu, daß die Arbeitgeber an diesem Kampf noch nicht genug haben und trotz aller Geschlossenheit der Arbeiter noch nicht bereit sind, für die Zukunft die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Deshalb heißt es weiter zu rüsten, auszubauen, wo Mängel hervortreten, Aufklärung zu schaffen, auf den Posten zu sein. Vor allem wird es notwendig sein, in höhere dem wirklichen Verdienst entsprechende Beitragssklassen zu steuern, die Versammlungen regelrecht zu besuchen, mitzuarbeiten, wo und wie es nur möglich ist. Solange man in Arbeit und gesund ist, kann die eigene Mehrleistung gegeben werden, in Streik-, Krankheits- oder Erwerbslosigkeitsfällen die höhere Unterstützung dagegen gut gebrauchen.

Der bestandene Kampf hat dieses den meisten Kollegen wohl gelehrt, der letzte muß es noch erkennen. Sorgt alle dafür, daß

Gesteinsbildung auf dem Meeresgrunde.

Die Flüsse führen beständig große Mengen von festen Stoffen: Geröll, Sand und Schlamm ins Meer, die dann dort mit pflanzlichen und tierischen Resten gemischt abgelagert werden, die Gesteine zunächst der Küste, die Schlammte am weitesten draußen. Neben den festen Stoffen werden auch fortwährend große Mengen in chemischer Lösung befindliche Stoffe von den Flüssen in die Meere geführt. Sie gehen in die Masse des Meeresswassers über. Ihre Ausscheidung geschieht, so viel man weiß, nur durch Lebewesen, Pflanzen und Tiere. Ueberdies trägt der Wind eine Unmenge Staub den Ozeanen zu.

Auf den Meeresböden haben Schlamm die weiteste Verbreitung. Besonders der blaue Kontinentalschlamm, der manche Golfe und Binnenmeere vollständig erfüllt und demgegenüber Sande und Konglomerate vorwiegend bloß als untergeordnete Einschaltungen, als Inseln und Ränge erscheinen. Denn es ist namentlich feiner Schlamm, den die großen Festlandströme unaufhörlich ins Meer hinausspülen. Etwa 400 Millionen Tonnen werden vom Mississippi jährlich in den mexikanischen Meerbusen hinaus verfrachtet, wodurch, wie man geschätzt hat, sein Sammelgebiet in zehntausend Jahren um einen Meter, in sieben Millionen Jahren bis auf den Meerespiegel erniedrigt würde. Langsam wachsen auf diese Weise durch die Abtragungsprodukte des Festlandes die Deltas hinaus ins Meer; allmählich füllen sich die Golfe, die Binnenmeere, und Festland tritt an die Stelle der Meeresböden. Das ist der Wechsel von Land und Meer im Laufe der Zeiten. Er vollzieht sich heute vor unseren Augen; er hat sich aber von jeher abgespielt, seit rinnendes Wasser unseren Planeten belebt.

Die Schlammte des Meeresbodens sind ursprünglich ein lockerer, dünnflüssiger Brei, in den die auf den Meeresgrund herabgesenkte Lotöhrze bis einen Meter tief einsinken kann. Die winzigen kleinen, leichten Schlammteilchen schwimmen noch halb im Salzwasser, dem alten Meerwasser, das alles durchtränkt. Dagegen sind die gröblicheren Sande infolge der bedeutendern Größe und Schwere der Körner wahrscheinlich von Anfang an fester gepackt. Gerade weil die Schlammte anfänglich am lockersten sind, werden sie aber später am meisten zusammengefallen. Daher nimmt während der Gesteinsverfestigung der Korrosion in den Schlammten stärker ab als in den schon ursprünglich kompakteren Sanden oder gar in den durch Verfestigung bereits erhärteten Kalken. Die Geschiebeverfestigung erfolgt durch fortschreitenden Druck, durch den die Flüssigkeitsteilchen zum größten Teil herausgequetscht, nach oben gedrängt werden und schließlich werden dann die Schlammte zu Tongestein und Mergel, die Sande zu Sandstein. Ursprünglich werden ja die Ablagerungen (Sedimente) am Meeresgrunde, von unwichtigsten und eingebengtesten Ausnahmen abgesehen, in mehr oder weniger flacher Lagerung abgelegt. Wurde auf diese Weise schließlich ein ganzer Meeresbecken ausgefüllt, so ist damit an Stelle des früheren Meeresbeckens ein flaches Tafelland getreten. Große Teile der sedimentären Oberfläche unseres Planeten liegen in der Tat noch annähernd so ungestört, wie sie einst langsam Schicht auf Schicht abgesetzt haben; denn in vielen Gegenden sind sie später, im

Laufe von Jahrmillionen ganz allmählich und stetig in Falten geworfen und übereinander geschoben worden. Die Kruste der alternen Erde hat sich gerunzelt wie die Rinde eines austrocknenden, schrumpfenden Apfels. Die sich faltenden Teile erhoben sich durch diesen Vorgang über ihre ruhig bleibende Umgebung; so entstanden alle die zahlreichen Kettengebirge unseres Planeten. S. J.

Das Heim der Wernigeröder Arbeiterschaft.

(Ein Erholungsheim für Gewerkschafts- und Parteigenossen.)

Zu den Orten, die am frühesten an die Schaffung eines eigenen Gewerkschaftshauses gegangen sind, gehört das heute etwa 20 000 Einwohner zählende Wernigerode, die bunte Stadt am Harz, welche am Fuße des sagenumwobenen Vater Broden liegt. Das alte Gewerkschaftsheim, welches 1893 von einigen beherzten Genossen eingerichtet wurde, genügt fast 30 Jahre den örtlichen Ansprüchen; aber in den letzten Jahren haperte es doch in dieser und jener Beziehung, vor allem an der Unterbringung von Gewerkschafts- und Parteigenossen, die alljährlich in großer Zahl den Harzbergen einen Besuch abstatteten, war doch der „Volksgarten“ nicht zum Logierbetrieb eingerichtet. Dieser Mangelstand ist nun durch den Ankauf des „Hotels Monopol“ beseitigt und liegt daselbst als Gewerkschaftshaus sowohl als Logierhaus für Harzreisende gleich günstig. 600 Sommergästen kann in den Sommermonaten Aufenthalt gewährt werden, wenn man eine Kurdauer von ca. 14 Tagen zugrunde legt. Jeder Genosse, der in Zukunft beim Reisen oder auf der Sommerwanderung Wernigerode streift, ist nicht mehr gezwungen, seine mühsam erarbeiteten Groschen der wucherischen Fremdenindustrie zu opfern; sondern nun an wird es Aufgabe der Wernigeröder Klassen Genossen sein, daß ihnen der Aufenthalt nicht nur möglichst angenehm, sondern auch, soweit es die heutigen Verhältnisse erlauben, möglichst billig kommt. Der Uneingeweihte könnte nun einwenden, daß es nicht allzu verlockend sei für den im gewerkschaftlichen und politischen Kampf stehenden Genossen, seine Erholungszeit in einem Gewerkschaftshaus zu finden. . . . Aber dem ist nicht so! Der Saalbetrieb ist von dem Hotelbetrieb vollständig getrennt. Die Gewerkschafts- und Versammlungsräume liegen in einem vom Hotel vollständig unabhängigen, circa 100 Meter entfernten Saalgebäude. In jeder Beziehung liegt der Hotelbetrieb außer Acht, obgleich nur wenige Schritte von den Hauptverkehrsstraßen der Stadt gelegen, hat der Naturfreund kaum 5 Minuten zu gehen, um in den Wald und in die schönen Harzberge zu gelangen. Nur einige hundert Meter sind zu gehen, um die Kuppe des Blockharzberges zu erreichen, von wo aus man eine herrliche Aussicht auf das etwa dreieckige Stunden lange Harzgebiet hat, welches im Tale der ans der Steinernen Renne kommenden Holtemme gelegen ist. Weiter hinter sind die Niesen des Harzes, gekrönt von ihrem Vater Broden. Abends beim Sonnenuntergang zieht dieser Fleck eine große Zahl Menschen an sich, um das gerade in dieser Zeit wunderbare Naturbild zu genießen. Denjenigen Genossen, die sich nicht auf ihre Beine verlassen können, die aber trotzdem gern die Annehmlichkeiten der Berge genießen möchten, ist günstigste Fahrgelegenheit geboten, denn die bekannte Nordhausen-Wernigeröder Brodenbahn hat eine Haltestelle in unmittelbarer Nähe vom Hotel.

Die Wernigeröder Genossen haben sich bei der Ausführung ihres Unternehmens von dem Gedanken leiten lassen, in erster Linie eine Stätte zu schaffen, wo es denjenigen Genossen, die sich im Kampfe aufreiben, möglich ist, neue Kräfte zum Streite für die Wahrheit und Menschlichkeit zu sammeln. Hoffen wir, daß ihnen ihr Unternehmen gelingt, daß es einer recht großen Zahl von Gewerkschafts- und Parteigenossen in Zukunft möglich sein wird, sich durch ihren Aufenthalt in den Harzbergen mit dem geheimnisvollen Raunen seiner Wälder und dem Rauschen seiner Bergwässer die Kräfte zu erhalten, die zu diesem Kampfe notwendig sind. Mancher Sommergast, der öfter den Harz besuchte, ist später für dauernd hier geblieben; wer eben den Harz und seine Bewohner kennen und verstehen gelernt hat, der sehnt sich wieder zu ihnen zurück, und mit Recht rechnen auch die Wernigeröder Genossen damit, daß diejenigen, die erst einmal den ersten Schritt nach ihm gelenkt haben, auch Stammgast bei ihnen werden.

Der Ewigkeitswert des Gewerkschaftskampfes.

Wir kennen keinen Anfang und kein Ende der Zeit. Kein Ende kennen wir der Welt. Unendlich ist alles und ewig. Und der Mensch ist ein Stück dieser ewigen Unendlichkeit, herausgeboren aus der Ewigkeit und zur Ewigkeit bestimmt. Wir würden nicht sein, wenn nicht vor Jahrmillionen Wesen auf der Erde gelebt und gekämpft hätten, wenn seit Jahrmillionen die Sonne ihr segnendes Licht nicht herabgeschickt hätte auf die irdische Entwicklung. Alles ist ein Ewiges, Unendliches. Und das ist des Menschen letzter Lebenszweck, ewig zu sein. Aus uns soll die Entwicklung werden in ihrer Höhe. Wir sollen in dieser Entwicklung leben, in dieser Entwicklung unsterblich sein.

Etwas Gewaltiges liegt in diesem Gedanken. Ein stolzes Glücksgefühl beschleicht unser Herz. Was ist der Mensch, wenn er sich seiner Stellung in der Weltordnung klar ist! Bewußter Träger der Ewigkeit!

Wie viele, wie unendlich viele wissen von all diesem aber nichts. Sie schlendern durch das Leben in Langlust und Ainoswerden und wissen nichts von mahem, natürlichem Menschheitsglück. Sie schäben sich glücklich und haben nie gefühlt den Rauber dieses tief innersten Glücks, das nur der empfindet, der die Welt in sich fühlt und sich geboren weiß, um Neues zu gebären. Ewig soll der Mensch sein.

Durch das praktische Schaffen unseres gewerkschaftlichen Kampfes, durch das proletarische Gestalten des Lebens allein wird Neues. In den neuen Formen der neuen Menschheit lebt unsere ringende Seele. Und aus diesen neuen Formen der neuen Ordnung wird herausquellen ein neuer Geist, der Geist, den wir in unseren Dingen ahnen. Und dieses Heilige, das dann aus unserem Ainen und Sehnen geworden, es wächst immer weiter und tiefer und höher, ohne Grenze und Ziel.

Es genügt nicht, zu wirken und zu kämpfen. Unser Kampf muß sich einfügen in eine natürliche große Weltanschauung. Er muß der Ausfluß dieser Weltanschauung sein. Dann fühlt unsere Brust in ganzer Tiefe das Glück des Kampfes, in seinem ganzen weitbewegenden Werte. Wir müssen die Menschheit einfügen in das Allgeheben der Ewigkeit, und neues, nie geahntes Glück sprubelt heraus aus unserem proletarischen Ringen. Dann sind wir die Träger der Ewigkeit, die Propheten des fernsten Geistigen, III-Seels.

Dies geschieht, es erhöht die Kampfkraft jedes einzelnen und die des Verbandes!

Diesem Kollegen, die bisher noch bei den Kirch-Dunderschen oder christlichen Organisationen sind, werden aus diesem Kampf ersehen haben, daß es nur die freie Gewerkschaft, der Zentralverband der Steinarbeiter ist, der die Interessen der Steinarbeiter zu vertreten in der Lage ist und keine Opfer scheut, jeden Berufscollegen einen entsprechenden Lohn zu verschaffen.

Besonders dürfte dieses für die Kollegen an der ober-schlesischen Grenze (Raschwitz, Graase usw.) gelten, die bisher noch christlich organisiert sind und trotz noch schlechterer Löhne den Kampf nicht aufnehmen konnten. Schließt auch den Reihen eurer übrigen schlesischen und deutschen Berufscollegen an und tretet einmütig dem Zentralverband der Steinarbeiter bei. Nicht Berufscollegen, sondern nur Steinarbeiter können euch vertreten, wissen wo der Schuh euch am schlimmsten drückt und wie dem abzuhelfen ist, wenn ihr euren Mann stellt. Stellt eure und unsere Front, mehr denn je ist es gerade jetzt nötig, wenn wir Menschen unter Menschen bleiben und uns nicht jegliche Existenzmöglichkeit verweigern lassen wollen.

Im Auftrage aller am Streik beteiligten Kollegen habe ich allen Kollegen, die die Kämpfenden unterstützt haben, den herzlichsten Dank zu sagen. Könnte doch dadurch so manche große Not einzelner, besonders schwer betroffener Familien gelindert werden. Diese Hilfeleistung wird von den Kollegen der schlesischen Schotterindustrie nie vergessen werden. (Die Quittung über eingegangene Beträge erfolgt, sobald die Abrechnung und Verteilung restlos erledigt ist.) Gehalten haben wir, was wir am ersten Tage beschlossen haben, einer für alle und alle für einen. Sorgt, daß es auch weiterhin so gehandhabt wird. Die Gausleitung dankt für das gezeigte Vertrauen und bittet, dieses auch in Zukunft besitzen zu dürfen!

Nun heißt es wieder frisch ans Werk, um stets gegen kapitalistische Gargier und Willfür gewappnet zu sein. F. S.

Pfälzische Bezirkskonferenz.

Am Sonntag, dem 20. März, fand diese in Kaiserslautern statt. Sandstein-, Marmor- und Granitarbeiter der Pfalz waren eingeladen zur Vertretung. Alle Zahlstellen, mit Ausnahme von Ludwigshafen, Speier und Lauterbach, waren dem Rufe gefolgt. Grund zur Einberufung dieser Konferenz war die Schaffung eines Bezirksarbeitsvertrages für die Pfalz. Während sich die Zahlstellen Speier und Lauterbach mit finanziellen Gründen entschuldigten, gab die Zahlstelle Ludwigshafen in einem Schreiben an, daß für sie jede weitere Verhandlung für einen Bezirksarbeitsvertrag nutzlos sei, da derselbe niemals etwas Besseres bringe, als ihnen ihr selbst geschaffener Tarif gebracht hat, und deshalb von einer Delegation zu der Konferenz Abstand nehmen. Ferner glauben sie, daß die Kosten zur Delegation, die die Zahlstellen in solchen Fällen immer selbst zu tragen haben, für andere Zwecke bessere Anwendung finden dürften. Zu der Frage eines Bezirksarbeitsvertrages für die Sandstein-, Marmor- und Granitarbeiter der Pfalz gab der Gauleiter, Kollege Sarfert, einen Bericht über die bis jetzt mit dem Kreisvorsitzenden der Unternehmer, Herrn Krödel, stattgehabten Vorbesprechungen. Dieser habe es verstanden, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Eingeleitet wurde die Angelegenheit am 18. September 1920, und erst nach mehrmaligem Bemühen von der Gausleitung mit dem Bezirksleiter, Kollegen Roth, konnte am 2. November eine Vorbesprechung stattfinden. In dieser Verhandlung erklärte Herr Krödel, daß er von dem Abschluß eines Bezirksarbeitsvertrages für die Sandsteinarbeiter, auf dessen Grundlage der Bezirksarbeitsvertrag abgeschlossen werden soll, nichts wisse und davon gar nicht benachrichtigt wurde. Nachdem von uns der Wortlaut der Reichstarifes vorgelegt, verhielt er sich ablehnend, da ein Teil der Unternehmer nicht organisiert wäre. Auch müsse er erst in einer Besprechung die Ansichten der Unternehmer kennen lernen. Ein Resultat ist hier und auch in einer Verhandlung im Februar 1921 nicht zustande gekommen, da die Unternehmer immer wieder Gründe ins Feld führen, die für uns nicht maßgebend sind. Auf wiederholte Anrufung des Schlichtungsausschusses fand am 3. März 1921 nochmals eine Besprechung mit Herrn Krödel statt, in der er sich bereit erklärte, einen Bezirksarbeitsvertrag abzuschließen, aber ohne Lohnhöhung und ohne Gewährung von Ferien. Gauleiter Sarfert betonte, daß von ihm wie von der Bezirksleitung alles geschehen ist, um die Sache zum Abschluß zu bringen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde allgemein das Verhalten der Ludwigshafener Kollegen stark kritisiert. Ihre Taktik wurde als eigenbrütlerisch bezeichnet, die niedriger gehalten werden müsse, denn es komme hier nicht nur das Interesse einer einzigen Zahlstelle, sondern der Gesamtkollegenchaft der Pfalz in Frage. Auch wird gefordert, daß in den Orten, wo bereits bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, diese auch bestehen bleiben. Das Verhalten der Gau- und Bezirksleitung wurde anerkannt und verlangten die Kollegen Groll, Schäfer und Kettenbaum, daß man in der ganzen Angelegenheit nicht loder lasse, da die Aufseherungen der Unternehmer für uns nicht stichhaltig sind, und nur auf eine abschließliche Verschleppung hinausgehen. Hierauf wurde nachsichtige Entschickung angenommen: „Die Vertreter der am 20. März 1921 in Kaiserslautern tagenden Konferenz der Sandstein-, Marmor- und Granitarbeiter der Pfalz erklären sich mit dem, zum Zweck eines Abschlusses eines Bezirksarbeitsvertrages für die Pfalz von der Gausleitung, im Verein mit der Bezirksleitung unternehmen Schritte einverstanden. Die Konferenz beschließt, daß die weiteren Verhandlungen zum Abschluß dieses Tarifvertrages sofort in die Wege zu leiten sind. Bezüglich der von den Arbeitern geforderten und von den Unternehmern abgelehnten Einführung von Urlaub, behalten sich die Vertreter der Arbeiterchaft bei den Verhandlungen die weiteren Schritte vor.“

Das Referat des Gauleiters über den Anschluß an den Bau-gewerksverband wurde einer eingehenden Aussprache gewürdigt. Die allgemeine Auffassung der Kollegen geht dahin, daß es für die Mitglieder unseres Verbandes, gleichviel welcher Gruppe sie angehören, schließlich besser ist, wenn auch unser Verband später im geplanten Baugewerksverband aufgehe. Eine präzise Stellungnahme hierzu wurde jedoch auf eine spätere Zeit, wo die ganze Sachlage eine bessere Klärung gefunden hat, zurückgestellt.

Zur Agitation und Organisation weist der Gauleiter darauf hin, daß in den einzelnen Zahlstellen noch mehr wie bisher getan werden müsse. Die Versammlungen müssen interessanter gestaltet und die Kollegen mit dem Grundwesen in der Organisation vertraut gemacht werden, was hauptsächlich durch Vorlesungen und Besprechungen der verschiedenen Artikel aus unserem Nachbatter geschieht kann. Auch müssen die Mitglieder nicht nur über ihre Rechte, sondern auch über ihre Pflichten zur Organisation aufgeklärt werden. Das Verhältnis der einzelnen Zahlstellen zur Bezirksleitung muß ein viel innigeres werden und hauptsächlich die Vorsitzenden der Zahlstellen in fester Verbindung mit der Gausleitung bleiben, auch mehr in der Agitation tätig sein wie bisher; denn noch viele Kollegen in den ländlichen Bezirken stehen unserer Organisation fern. Kollege Probst gibt bekannt, daß die Zahlstellen Ditzheim und Ludwigshafen mit ihren Bezirksbeiträgen noch im Rückstand sind. Mit einem Appell an die Delegierten, das Gehörte und Besprochene unter den Kollegen genügend weiterzugeben, und mit dem Wunsche, daß die Konferenz von Erfolg gekrönt sein möge, schloß Kollege Probst die Konferenz.

Josef Kettenbaum.

Aus den Zahlstellen.

Lübeck. Nachdem am 1. März unser Tarif gelündigt und die neue Vorlage eingereicht wurde, hatten wir im Laufe des Monats mehrmals mit den Arbeitgeber Verhandlungen, die zu keinem Resultat führten. Der Ausdruck der Unternehmer lautete immer, wir dürfen, wir können nichts bewilligen, uns sind die Hände gebunden, weil strikte Befolgung vom Arbeitgeberverband vorklagt zum Abbau der Löhne. Sie erkennen also wohl unsere wirtschaftliche schlechte Lage an. Sagen jedoch mit anderen Worten, wir können euch helfen, aber wir wollen und dürfen nicht. Dann soll eine längere Dauer des Vertrages überhaupt nicht in Frage kommen

als wie bis zum 30. Juni; dann läuft der Mecklenburger Tarif (Schäfer, Birkow usw.) ab, und dann wollen wir mit Ihnen einen Bezirksarbeitsvertrag Mecklenburg und Südbad abschließen. Das heißt soviel wie: Wir bestimmen und ihr habt auch darin zu fügen. Hier wird ganz übersehen, daß der Arbeitgeberverband nicht die Steine bearbeitet. Und ferner die Arbeiterorganisation — unser Verband — da wohl auch ein Wort mitzureden hat. Das Schlimme an der Sache ist, daß die hiesigen Steinarbeiter es nicht so recht begreifen wollen, daß die Pflicht der Arbeitgeber nur zu ihrem Besten ist, denn unsere Arbeitgeber wollen mit uns in Frieden leben, sich nicht mit uns streiten über die „auskömmlichen“ Löhne, die uns Steinarbeitern so großes Kopfzerbrechen machen, damit in einer Woche der „hohe“ Lohn auch wirklich verbraucht wird. Also Kollegen, auf nach Mecklenburg, man will nur das Beste für euch, begreift es endlich!

Lenzkirch. Zurückkommend auf die „Richtigstellung“ in Nr. 14, wundert es nicht, daß der Betreffende nicht angenehm berührt ist, wenn sein Name in der Öffentlichkeit bekannt wird. Eine große Auseinandersetzung mit der sogenannten Richtigstellung hat keinen besonderen Wert, wir nehmen jedoch von dem, was in Nr. 13 behauptet ist, kein Jota zurück. 1. Daß wir als Sparta-Kritiker von Herrn Dachtler bezeichnet wurden; 2. daß Kuffner 120 Stunden gearbeitet hat; 3. haben wir nicht 5,80 M. Stundenlohn gehabt, sondern 5,50 M.; 4. ist Lenzkirch mehr Kurort, hat seine besonderen Preise, die einer Großstadt nicht nachstehen; 5. sind uns höhere Löhne verschrieben wie gesagt; 6. haben wir noch Nachzahlungen zu fordern, auch die Bezahlung der Ferientage; 7. hat Kuffner gegen uns zwei Kollegen nicht kollegial gehandelt. Beweise stehen genug zur Verfügung. Unsere übrigen Kollegen mögen nur Firma und deren rechte Hand (Kuffner) nicht vergessen. Das Arbeitsverhältnis dort ist keinem zu empfehlen, und wir sind jederzeit zu weiteren Auskünften bereit.

Lenzkirch, 8. April 1921.

Wichl Josef.

Zur Erneuerung des Reichsarbeitsvertrages in der Schotter- und Pflastersteinindustrie liegt auf erneute Anfrage unseres Verbandsvorstandes die Mitteilung vor, daß die Arbeitgeber bereit sind, ein neues Vertragsverhältnis einzugehen und sobald ihre Gruppenverbände mit der Beratung zu Ende sind, sollen in Kürze die Verhandlungen mit den Arbeitnehmerorganisationen zentral aufgenommen werden.

Die logische Folgerung hieraus ist für uns, auf die weitere Einhaltung der Bestimmungen des am 31. März abgelaufenen Vertrages zu beharren und an keinem Ort eine Lockerung zuzulassen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Bekanntmachung in Nr. 14 des Steinarbeiter und ersuchen dringend um Beachtung.

Stettin. Am Donnerstag, dem 7. April, fand eine Versammlung der streikenden Steinarbeiter statt, in der die Lohnkommission Bericht erstattete über das am 6. April stattgefundene Schlichtungsverfahren. Die Arbeitgeber hatten schon einmal am 9. März den Schlichtungsausschuß angerufen, zogen dann aber ihren Antrag wieder zurück, jedenfalls befürchteten sie damals, der zu fallende Schiedsspruch könnte uns eine Lohnhöhung zusprechen. Vor einigen Tagen nun beantragten unsere Arbeitgeber erneut ein Schlichtungsverfahren. Die Verhandlung am 6. April war nur eine kurze, von jeder Partei kam nur ein Redner zum Wort, um seine Gründe vorzutragen. Das Urteil war ebenfalls in kurzer Form gefaßt und lautet: „Es bleibt bei den alten Löhnen.“ Die Stettiner Arbeiterchaft im allgemeinen hat kein Vertrauen zum hiesigen Schlichtungsausschuß, auch wir Steinarbeiter nicht; und durch diesen Schiedsspruch ist dieses Mißtrauen nur von neuem gestärkt. Der Schiedsspruch wurde einstimmig abgelehnt. Der Kassierer gab den Kassierbericht vom 1. Quartal, der auf Antrag der Revisionen für richtig erklärt wurde. Der Vermeister Hermann Weininger, früherer Vorsitzender der Zahlstelle Wielefeld, Buchnummer 2101, geb. 26. Januar 1883 zu Korbell, fühlte sich hier zu der Aufgabe berufen, Streitarbeit zu verrichten. Wir gaben Weininger schon früher den Rat, er möchte doch aus unserem Verband austreten, doch er wollte absolut Mitglied bleiben. Nun hat uns dieser Fall von neuem gelehrt, daß niemand zwei Herren dienen kann. Trotz des fünfjährigen Kampfes ist die Stimmung der Kollegen eine sehr gute; sie sind überzeugt, durch weiteres Zusammenhalten und Einigkeit einen Erfolg davonzutragen.

Raumburg a. S. Heute müssen wir uns abermals mit dem Plachorn beschäftigen. Nachdem vor kurzem der Inhaber verstorben ist, führen nunmehr die beiden Söhne das Geschäft weiter und zeigen den hiesigen Kollegen gegenüber dieselbe Halsstarrigkeit wie ihr Vater. Trotzdem wir am Ort noch arbeitslose Kollegen haben und Horn mit Aufträgen überhäuft ist, sucht die Firma von auswärtigen Kollegen herbeizuziehen. Sie benutzt hierzu den bei ihr beschäftigten Steinmeißer Stoll aus Treffurt, der sich an verschiedene Kollegen brieflich gewandt und sie nach Raumburg herangezogen hat. Interessant ist hierbei, daß er den Kollegen in seinen Werbeschriften die Mitteilung macht: „Arbeitszeit nach Belieben, 8, 9, 10 und 11 Stunden.“ Den fremden Kollegen zur Kenntnis, daß wir hier in Raumburg neun arbeitslose Kollegen haben, die sämtlich Familienväter sind. Diese sind bei Nachfrage um Arbeit von Horn mit der Bemerkung abgewiesen worden: „Wir haben unsere Leute!“ Das veranlaßte die fremden Kollegen, die in Unkenntnis der Verhältnisse die Arbeit hier angetreten hatten, wieder abzureisen. Wir warnen daher die auswärtigen Kollegen, auf die Werbungen von Horn und seines Vertrauten Stoll einzugehen. Insbesondere mögen die Treffurter Steinmeißer es beachten, denn aus einer uns angelegten Karte, die Stoll an einen der abgereisten Kollegen gerichtet hatte, geht hervor, daß er auch von Treffurt 5 Kollegen angeworben hat. Also meidet Raumburg!

Langenallheim. Um die Tatsachen ins rechte Licht zu stellen, kann es nicht unterlassen werden, auf den Versammlungsbericht der Zahlstelle Treuchtlingen vom 23. Januar in Nr. 11 des „Steinarbeiter“ einzugehen. Die im genannten Bericht enthaltene Resolution mit ihren so sonderbaren Gesichtspunkten ist — man darf sagen vollständig — auf Unwahrheit aufgebaut und eine totale Verdrängung des Standpunktes, den die Zahlstelle Treuchtlingen im Anbeginn des für den Jurabezirk anzustellenden besoldeten Bezirksleiters eingenommen hat. Es ist unklar, daß die Zahlstelle Treuchtlingen den Zeitpunkt zur Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für noch nicht gekommen erachten und sich auch nicht von der Notwendigkeit eines solchen überzeugen kann. Giegeggen sprechen die Abstimmungen in der ersten Bezirkskonferenz, wo diese Angelegenheit zur Beratung stand. Daß die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters eine Belastung der allgemeinen Verbandsfinanzen mit sich bringt, kann nicht bestritten werden. Für Gewerkschaftler, die Interesse an der ganzen Arbeiterbewegung haben und bestrebt sind, vorwärts zu kommen, dürfte dies aber kein Grund sein, einen ablehnenden Standpunkt in dieser Sache einzunehmen, denn die Vorteile sind zweifellos höher für die Bewegung als die gesamte Belastung. Die Frage, ob im Juragebiet ein besoldeter Bezirksleiter notwendig ist oder nicht, wird auch aller Wahrscheinlichkeit vor dem Verbandstag begründet und erörtert worden sein, denn es darf doch nicht angenommen werden, daß unsere Delegierten zu allem Ja und Amen sagten. Daß die in Betracht kommenden Steinarbeiter in dieser Sache nicht befragt und vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, ist in gewisser Beziehung wahr. Doch stand es aber in unserem Recht und unserer Macht, den Beschluß des Verbandstages zu billigen oder nicht. Unwahr ist ferner, daß die Zahlstelle Treuchtlingen nach wie vor der Anschauung ist, daß sich die Anstellung

eines besoldeten Bezirksleiters bis auf weiteres erübrigt. Dagegen sprechen, wie schon erwähnt, die ersten Bestimmungen, und was noch wichtiger ist, daß sich einer ihrer einflussreichsten Kollegen für diesen Posten beworben hat. Wenn dieser Kollege standgehalten hätte, so wäre die definitive Anstellung des Bezirksleiters schon längst aus der Welt geschafft, und man hätte sich nicht Stunden und Tage mit dieser Sache abbalgen müssen, und die Zahlstelle Treuchtlingen hätte hienzu einmal eingenommenen Standpunkt nicht mehr zu ändern brauchen. Im letzten Moment wurde aber der Posten vom Kollegen Dönig, Haag, aus angeblich familiären Verhältnissen abgelehnt, und schon hatte auch seine ganze Kollegenchaft eine andere Anschauung. Es waren aber nicht Familienverhältnisse, die den Kollegen veranlaßten, sondern er verlangte vom Verband die Garantie auf eine Lebensstellung (Das stimmt nicht, in seiner Ablehnung kamen nur die bereits angeführten Gründe zur Geltung. Red.), was ihm aber selbstverständlich abgelehnt wurde. Er scheute sich, seinem von ihm selbst so hochgeschätzten Beruf wieder aufzugeben. Als weiterer Bewerber wäre Kollege Kauh, Langenallheim, in Betracht gekommen. Nun wurde aber aus der ganzen Angelegenheit eine Personenfrage entwickelt, und es setzte eine Gegenströmung ein, an der sich auch der an erster Stelle berufene Bewerber, Kollege Dönig, öffentlich beteiligte, was von ihm höchst bedauerlich ist. So ist nun die Anstellung des besoldeten Bezirksleiters im Juragebiet durch eigene Schuld der Kollegen vereitelt worden, nachdem die Verbandsinteressen nicht in den Vordergrund gestellt wurden und die Zukunft wird uns lehren, ob es nicht Kürzsichtigkeit und Rücksichtslosigkeit der betreffenden Kollegen war. R. M.

Dresden-Pirna. Am 13. Februar tagte im Feldschloßberg Pirna die Generalversammlung aller Branchen. In ausführlicher Weise gab Kollege Seidel den Jahres- und Kassierbericht. Um die Druckkosten zu sparen, habe die Ortsverwaltung beschlossen, diesen mit Schreibmaschinenabzug jedem Betrieb zuzustellen. Durch den Tod verloren wir 18 Kollegen. Die Arbeitsmöglichkeiten waren im Jahre 1920 für unsere Kollegen sehr schlecht. Bauarbeiten gab es wenig, für die Dresdner fast keine, so daß diese teilweise nur in der Grabsteinbranche Unterkommen fanden. Die Steingewinnung war anfangs gutbeschäftigt im Postkar und auch im Cottaer Gebiet, später flaute es sehr ab, und durch die Betriebsbeschränkungen wurden auch da viele Kollegen brotlos. Dasselbe Bild zeigte die Marmorbranche, bloß daß da die Kollegen verkürzt durcharbeiten, um der Entlassung von Kollegen vorzubeugen. Lohnverbesserungen haben für alle Branchen mehrfach stattgefunden, zweimal mußten wir zum letzten Mittel greifen, einmal im Granitwerk Lohmen, das anderemal die Sandsteinmeißer. Die Löhne der Hilfsarbeiter stiegen von 2,14—2,30 auf 4,25—5,00 M. pro Stunde. Die Brecherlöhne stiegen in denselben Zeiträumen von 3,00 auf 5,50—6,00 M. pro Stunde, ebenso stiegen die Affordzuschläge; bei dauernder Lohnarbeit erhalten die Kollegen 6,25 M. pro Stunde. Bei den Steinmeißern erfolgte eine Erhöhung von 3,15 M. pro Stunde und 215 Prozent Affordzuschläge auf 6,40 M. Stundenlohn und 530 Prozent Affordzuschlag. Die Marmorbranche, die nur in Lohn arbeitet, folgte mit 15 Pf. weniger den Steinmeißerlöhnen. Die Affordlöhne der Marmorbranche stiegen auch auf 530 Prozent. Die Lohnbewegungen der Kollegen im Granitwerk Lohmen fanden erst örtlich statt; nach Einführung des Reichsgranittarif stiegen sie in diese Höhe, die durch zentrale Verhandlungen auch erhöht wurden. Im 4. Quartals- und Jahresklassenbericht spiegelt sich der schlechte Geschäftsgang aller Branchen. Durch die örtliche Erwerbslosenunterstützung waren wir in der Lage, die Not der Kollegen etwas zu mildern; allerdings wurde hierdurch der Ortsfonds stark vermindert, dadurch sind wir gezwungen, die Ortszuschläge in der nächsten Zeit zu erhöhen. Am 3. 1. 1920 hatten wir ein Ortsvermögen von 27 837,89 M., und am 9. 1. 1921 18 230,50 M., dadurch erübrigt sich jede weitere Begründung. Das verfloßene Jahr brachte uns auch den Reichs-Manteltarif, dadurch kamen unsere Kollegen in den Genuß der Ferien. Leider ergeben sich in der Auslegung viel Streitigkeiten. Für gütliches Verhandeln sind unsere Unternehmer nicht zu haben, so daß sich eine Kommittierung dringend notwendig machte. Auch das vielgepöbelte und bekämpfte Betriebsrätegesetz brachte verschiedenen Betrieben, die durch Wahl revolutionärer Betriebsräte sich über dieses Gesetz erhoben, eine Verleugung zum Besten. Nicht die Parteistellung, sondern die Tüchtigkeit des Betriebsrates entscheide. Wir haben etliche, die wohl auf der Höhe seien, die anderen gelte es noch durchzubilden, was er, Seidel, als eine seiner Hauptaufgaben mit betrachte. In der lebhaft einsetzenden Debatte kritisiert Kollege Wösch die Geschäftsführung Seidels. Seine Kollegen hätten Ursache gehabt, über Kollegen Seidel bei Lohnverhandlungen zu klagen. Bei zwei angestellten Beamten sei es wohl möglich, daß die Lohnverhandlungen intensiver betrieben würden. Weiter kritisiert er Mißstände im Granitwerk und bemängelt, daß der Jahresbericht nicht gedruckt worden sei, wolle man sparen, dann lasse man den Kassierposten wieder ausfallen, 1 Beamter genüge für die Zahlstelle. Kollege Keschuh bedauert die Finanzlage, nun müssen wir unbedingt die Beiträge erhöhen, als Advisor bittet er, dem Vorsitzenden und Kassierer Entlastung zu erteilen. Kollege Dösch wundert sich über den schlechten Kasstand, bittet die Verwaltung, ihr Augenmerk auf die Kriegsbeschädigten-Bünde zu lenken, da jellige die Aufstellung von Kriegerdenkmälern bekämpfen. Auch die natursteinfeindlichen Friedhofsanordnungen sind zu bekämpfen, weiter wünscht er Bezirksversammlungen, in denen die Verdrängung mit dem Bauarbeiterverband zur Tagesordnung stehe. Kollege Beters behandelt die Ursachen des schlechten Kasstandes, die Ortsverwaltung treffe keine Schuld. Die Kollege Elsner, Schleicher, hierauf wenden sich scharf gegen Kollege Wösch. Ein Falllassen des Kassierpostens wäre ein Unfinn. Auch könne einer die Arbeiten nicht mehr bewältigen. Kollege Seidel stellt verschiedenes in der Debatte Vorgebracht richtig, ermuntert die Betriebsräte, voll und ganz ihre Schuldigkeit zu tun, aufs schärfste beurteilt er die Zustände im Bruch Israël, wo in den letzten 4 Wochen 3 Kollegen schwer verunglückten, das sei kein Zufall, sondern Raubbau, die diesbezüglichen Aufsichtsbehörden habe er in Kenntnis gesetzt, und werde mit dem Amtsbruchmeister den Ursachen nachforschen. Die Entlastung für beide Angefellte geschieht einstimmig. Die Kollege Seidel, als Vorsitzender, und Beters, als Kassierer, wurden einstimmig wiedergewählt. Als Ortsverwaltungsmitglieder wurden wieder bzw. neugewählt die Kollege Schleicher für die Dresdner Steinmeißer, Wösch für die Steingewinnung im Cottaer Gebiet, Kollege Stiglich fürs Postkar Gebiet, Wolucka Granitwerk Lohmen, Kollege Anders für die Dresdner Marmorarbeiter und Kollege Neumann für die Marmorsteingruppe. Als Kartelldelegierte für Dresden werden die Kollege Elsner und Wiese wiedergewählt. In Pirnaer Kartell werden die Kollege Seidel, Gerkenberger, Gille und Dösch gewählt. Kollege Seidel berichtet über die Lohnbewegung der Steinmeißer und Marmorbranche. Kollege Schleicher bedauert den schlechten Versammlungsbesuch und beantragt, den Erwerbslosen das Jahrgeld zu entschuldigen, was auch bewilligt wird.

Rönsberg i. B. Wie in allen Gewerkschaften sollte auch bei den Steinarbeitern Rönsberg's zu dem Anschluß an die dritte Internationale Stellung genommen werden; zu diesem Zwecke wurde vom Genossen Meißner der RABD ein Referat gehalten: „Stellungnahme der Gewerkschaften zum Anschluß an die dritte Internationale.“ Der Redner schilderte erst ausführlich die politische Lage vor und nach dem Kriege, wobei er unter anderem auch ausführte, daß die Arbeiterschaft wohl jetzt eine bedeutende Macht in den Ländern hat, aber zur Revolution noch nicht reif sei, denn immer noch findet man die Mittläufer oder besser gesagt Windgänger in Scharen, daher ist es angebracht, daß sich die Gewerkschaften mehr mit Politik beschäftigen und hierin nicht säumen, damit jeder organisierte Arbeiter weiß, wofür er gehört. Redner bemerkte noch hierzu, daß behauptet wird, hierdurch würde eine Verwirrung unter der Arbeiterschaft herbeigeführt, das sei nicht der Fall, denn die Zerrissenheit ist eine typische Erscheinung in der ganzen Welt, je mehr Arbeiter sich von rechts lösen und nach links übergehen, desto eher wird eine Revolution zustande kommen, die den Kapitalismus beseitigt; und diese kann nur ausbrechen, wenn

